

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

Stand: Februar 2024

§ 1 GELTUNGSBEREICH

Allen Aufträgen liegen diese AGB zugrunde. Mit Auftragserteilung bestätigt der Auftraggeber in Kenntnis dieser AGB zu sein und erkennt diese ausdrücklich an und nimmt sie als Vertragsinhalt zur Gänze an. Stillschweigen des Auftraggebers gilt jedenfalls als Zustimmung. Vertragsbedingungen oder sonstige Geschäftsbedingungen des Auftraggebers sind unwirksam und sind daher für das gegenständliche Rechtsgeschäft und die gesamte Geschäftsbeziehung ausgeschlossen.

Die AGB gelten im nationalen und internationalen Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, der für Unternehmer oder Nichtunternehmer von Transporteuren ausgeführt wird, die Mitglieder des Fachverbandes für das Güterbeförderungsgewerbe sind (Kleintransportunternehmer und konzessionierte Transportunternehmer im folgenden Transporteure genannt) für alle sonstigen Verrichtungen der Transportunternehmer, die nicht in den Bestimmungen der CMR geregelt sind.

Die AGB gehen allen Handelsbräuchen vor. Gesetzliche Bestimmungen zwingender Natur schränken den Wirkungskreis der AGB sinngemäß ein.

Konsumenten sind jene Personen, für die im Falle einer Auftragserteilung das Konsumentenschutzgesetz gilt.

§ 2 PFLICHTEN DES TRANSPORTEURS

Der Transporteur führt seine Leistungen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers aus. Er nimmt dabei das Interesse des Auftraggebers wahr.

§ 3 VERTRAGSCHLIESSENDE PARTEIEN

Der Beförderungsvertrag wird ausschließlich zwischen dem Transporteur und dem Auftraggeber abgeschlossen. Fahrer, Subfrächter oder sonstige den Transport begleitende Personen haben keine Vollmacht, für den Transporteur vertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Änderungen oder Ergänzungen des Auftrages (auch Zusatzaufträge) sind daher ausschließlich mit dem Transporteur zu vereinbaren. Derartige Auftragsänderungen und sonstige Mitteilungen, die nicht mit dem Transporteur vereinbart werden, sondern an Mitarbeiter des Transporteurs, Subfrächter oder sonstiges Fahr- und Begleitpersonal ergehen, binden den Transporteur daher nicht.

§ 4 ABHOLUNG UND ZUSTELLUNG DER GÜTER

Die Güter werden im Rahmen des Beförderungsvertrages vom Transporteur abgeholt und zugestellt.

Das Gut gilt, sofern nicht etwas anderes ausdrücklich vereinbart wird, als zugestellt, wenn es an der vorgesehenen Abladestelle der für die Abladung zuständigen Person zur

Abladung bereitgestellt wird. Mit diesem Zeitpunkt endet, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist spätestens die Haftung des Transporteurs. Ist die Zustelladresse eine Wohnung oder eine Geschäftsräumlichkeit in einem Haus, so gilt die Zustellung mit der Bereitstellung des Transportgutes an der Haustüre als erledigt, es sei denn der Auftraggeber hat mit dem Transportunternehmer (§ 3 Abs 2 dieser AGB) nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen. Ist der Empfänger trotz Terminvereinbarung nicht anwesend oder verweigert er grundlos die Übernahme (mangels einer entsprechenden Vereinbarung) an der Haustüre so tritt ein Ablieferungshindernis ein und ist der Transporteur zur sofortigen Entladung auf Kosten und Gefahr des Auftraggebers berechtigt (vgl § 16 CMR). Vereinbarungen des Auftraggebers mit seinem Vertragspartner aus dem der Warensendung zu Grunde liegenden Vertrag haben für den Transporteur keine Wirkung.

Der Transporteur kann die Beförderung des Gutes zusammen mit Gütern anderer Auftraggeber in Sammeladungen bewirken, falls ihm das Gegenteil nicht ausdrücklich schriftlich vorgeschrieben ist.

§ 5 INFORMATIONSPFLICHT DES AUFTRAGGEBERS

Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Transporteur bei Auftragserteilung über den Inhalt der Sendung genauestens und vollständig zu informieren. Insbesondere ist der Transporteur darüber zu informieren, ob Wertgegenstände oder Geld und dergleichen zu transportieren sind. Dem Transporteur sind bei Wertsendungen der Wert bzw bei Geldsendungen der genaue Betrag der zu transportierenden Sendung bekannt zu geben.

Der Transporteur ist auch darüber zu informieren, wenn gefährliche oder verderbliche Güter Inhalt/ Teil der Sendung sind.

Die Informationen über das Transportgut sind direkt dem Transporteur und nicht an Fahrer, Subfrächter oder sonstiges Fahr- oder Begleitpersonal zu geben. Verletzt der Auftraggeber seine diesbezügliche Verpflichtung, haftet er dem Transporteur für alle damit verbundene Kosten und Schäden.

Verletzt der Auftraggeber seine Informationspflicht, ist die Haftung des Transporteurs auf vorsätzliches Handeln eingeschränkt. Dies muss im Verhältnis zu Konsumenten im Einzelfall konkret vereinbart werden.

Der Transporteur ist jedenfalls zur sofortigen Entladung und Einlagerung von Wert- und Geldsendungen, gefährlicher oder verderblicher Güter, über die er nicht informiert wurde, auf Kosten und Gefahr des Auftraggebers berechtigt. Geänderte Informationen über die Warensendung berechtigen den Transporteur zur sofortigen Ablehnung der (weiteren) Durchführung des gesamten Transportes.

Wird der Transport nicht oder nicht mehr durchgeführt, bleibt der Frachtsanspruch des Transporteurs in jedem Fall neben allfälligen Schadenersatzforderungen bestehen. Der Auftraggeber haftet für alle Kosten und Schäden, die aufgrund unrichtiger oder fehlerhafter Beschreibung des

Wir sind Teil der

Transportgutes entstehen auch dann, wenn ihn daran kein Verschulden trifft, dies aber in seiner Sphäre liegt.

§ 6 STORNIERUNG DES BEFÖRDERUNGSaufTRAGES

Bei Stornierung des Transportauftrages durch den Auftraggeber 72 Stunden vor dem geplanten Transportbeginn hat der Transporteur uneingeschränkter Anspruch auf die gesamte vereinbarte Vergütung, wenn die Stornierung vom Auftraggeber zu vertreten ist und der Transporteur dies nicht zu verantworten hat. Der Auftraggeber hat dem Transporteur darüber hinaus alle Auslagen und – im Falle des Verschuldens des Auftraggebers – alle Schäden zu ersetzen, die durch eine vom Auftraggeber zu vertretende Stornierung des Transportauftrages entstehen.

§ 7 BEFÖRDERUNGSPAPIERE

Der Auftraggeber ist, sofern er Unternehmer ist, verpflichtet, dem Transporteur alle Begleitpapiere zu übergeben, die der Transporteur zur Durchführung des Transportes und der Erfüllung der Zoll- und sonstigen verwaltungsbehördlichen Vorschriften bis zur Ablieferung an den Empfänger benötigt.

Der Auftraggeber haftet für die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Dokumente. Eine Überprüfungspflicht des Transporteurs besteht nicht. Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Transporteur alle Schäden und Kosten, die mit der Übergabe unrichtiger oder unvollständiger Dokumente verbunden sind, zu ersetzen.

§ 8 PRÜFUNG DES INHALTES DER SENDUNG, FESTSTELLUNG VON ANZAHL UND GEWICHT

Der Transporteur ist jederzeit berechtigt, nicht aber verpflichtet, nachzuprüfen, ob die Sendung mit den Angaben des Auftraggebers übereinstimmt und ob die Güter, allenfalls geltenden Sondervorschriften entsprechend, übergeben werden. Stellt sich heraus, dass die Sendung den Angaben des Auftraggebers nicht entspricht, tritt ein Beförderungshindernis ein. Der Auftraggeber ist davon zu verständigen.

Trifft der Auftraggeber nicht unverzüglich Maßnahmen zur weiteren ordnungsgemäßen Beförderung, ist der Transporteur zur sofortigen Entladung und Einlagerung auf Kosten und Gefahr des Auftraggebers berechtigt.

Ist der Auftraggeber Unternehmer, kann der Transporteur nach seiner Wahl allenfalls auch den Verkauf der Güter nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen veranlassen. Im Verhältnis zu Konsumenten steht diese Möglichkeit des Verkaufes dem Transporteur nicht zu.

Der Auftraggeber haftet dem Transporteur für alle dadurch entstehenden Kosten und Schäden.

§ 9 PFLICHTEN DES AUFTRAGGEBERS

Der Auftraggeber ist dafür alleine verantwortlich, dass das Transportgut ordnungsgemäß und transportsicher verpackt

ist, andernfalls er dem Transporteur für jeden daraus entstandenen Schaden unabhängig von einem Verschulden des Auftraggebers haftet.

§ 10 BELADUNG UND ENTLADUNG DER GÜTER

Die Güter sind vom Auftraggeber, dem Absender bzw dem Empfänger zu verladen bzw zu entladen. Bei Mitarbeit von Fahrern, Hilfspersonal oder des Subfrächters oder dessen Fahrer oder Hilfspersonal bei der Verladung oder Entladung, sind diese Personen als Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers oder des Absenders tätig. Wird jedoch mit dem Transporteur spätestens vor Beginn der Beladung oder Entladung ausdrücklich schriftlich vereinbart, dass der Transporteur für die Verladung bzw Entladung verantwortlich sein soll, so haftet der Transporteur für die ordnungsgemäße Verladung und kann dafür ein gesondertes Entgelt berechnen.

Vereinbarungen über die Be- oder Entladepflicht mit dem Fahrer, dem Subfrächter oder sonstigem Fahr- oder Begleitpersonal binden den Transporteur nicht.

Ist der Vertragspartner Konsument ist der Transportunternehmer immer zur Entladung verpflichtet.

§ 11 ÜBERLADUNG

Führt der Transporteur die Beladung durch, ist von ihm bei einer drohenden Überladung die Fortsetzung der Beladung zu verweigern. Besteht der Auftraggeber dennoch auf der Beladung, kann der Transporteur die Durchführung des gesamten Transportes ablehnen und das Gut auf Gefahr und Kosten des Auftraggebers wieder entladen.

Ausschließlich im Verhältnis mit Unternehmen, nicht jedoch mit Konsumenten, gilt bei Feststellung einer Überladung einer nicht vom Transporteur verladene Sendung, dass der Transporteur vom Auftraggeber die Abladung des Übergewichtes auf Kosten des Auftraggebers verlangen kann. Geschieht dies nicht sofort oder wird die Überladung unterwegs festgestellt, so kann der Transporteur das Übergewicht auf Gefahr und Kosten des Auftraggebers abladen. Der abgeladene Teil wird dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt. Trifft dieser binnen angemessener Frist keine Anweisungen, so kann der Transporteur das Gut auf Gefahr und Kosten des Auftraggebers einlagern und nach seiner Wahl allenfalls nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen den Verkauf der Güter veranlassen.

Der Auftraggeber haftet bei festgestellter Überladung jedenfalls – auch bei Nichtdurchführung des Transportes – für die gesamte Fracht. Der Transporteur kann dem Auftraggeber zusätzlich sämtliche insbesondere mit der Überbeladung, der Einholung und Durchführung der Weisungen und der Entladung entstandenen Auslagen und Kosten in Rechnung stellen. Darüber hinaus haftet der Auftraggeber dem Transporteur für jeden mit der Überladung verbundenen Schaden.

§ 12 LADE- UND ABLIEFERFRIST, LIEFERFRISTEN

Lade- und Ablieferfristen sowie Lieferfristen sind – jedoch ausschließlich im Verhältnis zu Unternehmern – immer

unverbindlich. Sollte die Be- oder Entladung oder die Ablieferung zu bestimmten Zeiten erfolgen müssen, ist dies mit dem Transporteur unter ausdrücklichem Hinweis darauf, dass eine verspätete Be- oder Entladung oder Ablieferung nicht akzeptiert wird, schriftlich nachweislich zu vereinbaren. Lediglich die Bekanntgabe bestimmter Be- oder Entladedaten oder Lieferfristen reicht dazu nicht aus.

Wird eine vereinbarte Lade- oder Ablieferfrist überschritten oder der Beginn der Beförderung durch Umstände, die in der Sphäre des Auftraggebers liegen (wobei Absender und Empfänger dem Auftraggeber zuzurechnen sind), verzögert, so hat der Auftraggeber den Stundensatz zu zahlen, der sich aus dem vereinbarten Beförderungsentgelt errechnet und darüber hinaus den dem Transporteur aus der Verzögerung erwachsenen Schaden (zB Leerfahrten, Stehzeiten etc.) vollständig zu ersetzen.

Änderungen der vereinbarten Be- und Entladezeiten oder Lieferfristen stellen eine Änderung des ursprünglich erteilten Auftrages dar. Einmal festgelegte Lade- oder Entladezeiten können nur durch schriftliche Zustimmung des Transporteurs geändert werden. Ohne schriftliche Zustimmung des Transporteurs stellen solche Änderungen eine Stornierung des Auftrages dar und lösen die im zweiten Absatz dieses Paragraphen vereinbarten Rechtsfolgen aus.

Lehnt der Empfänger die Annahme der Sendung ab, steht dem Transporteur für die Rückbeförderung gegenüber seinem Auftraggeber ein angemessenes Entgelt in Höhe der vereinbarten Fracht zu. Davon unberührt bleibt das Recht der Entladung gemäß § 4 Abs 2 dieser AGT.

§ 13 LADEMITTEL

Der Frachtführer haftet nicht für die ihm übergebenen Lademittel wie zum Beispiel Paletten. Der Transporteur ist jedenfalls nicht verpflichtet für die Rückführung ihm übergebener Lademittel zu sorgen. Übernimmt er die Rückführung von Lademitteln, so stehen ihm hierfür Kosten zu, die zwischen ihm und dem Auftraggeber zu vereinbaren sind.

§ 14 ZAHLUNG DER FRACHT

Die Fracht (Beförderungsentgelt des Transporteurs) ist zuzüglich allfälliger Barauslagen, die dem Konsumenten jedoch vor Vertragsabschluss detailliert bekannt zu geben sind, sofern nicht anderes vereinbart ist, sofort nach Rechnungslegung zur Zahlung fällig. Im Falle des Zahlungsverzuges sind die gesetzlichen Verzugszinsen, wenn der Vertragspartner Unternehmer ist, mindestens jedoch 7 % p.a. Verzugszinsen zu bezahlen. Darüber hinaus ist der Auftraggeber verpflichtet, die aufgelaufenen Mahnspesen sowie die mit der Betreibung der offenen Forderung verbundenen Kosten zur Gänze zu tragen.

Wird vereinbart, dass die mit dem gegenständlichen Transport in Zusammenhang stehenden und vereinbarten angemessenen Frachtkosten und die tatsächlich entstandenen, dem Konsumenten im Vorhinein detailliert bekannt gegebenen Barauslagen von einem Dritten, zum Beispiel dem Empfänger, zu bezahlen sind, so haftet der Auftraggeber hierfür solidarisch mit dem Dritten dem Transporteur.

§ 15 AUFRECHNUNGSVERBOT

Die Aufrechnung von Forderungen des Auftraggebers mit Forderungen des Transporteurs ist ausgeschlossen, es sei denn diese Gegenforderungen sind vom Transporteur ausdrücklich schriftlich anerkannt oder durch gerichtliche Entscheidung rechtskräftig festgestellt.

§ 16 PFANDRECHT UND ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT DES TRANSPORTEURS

Der Transporteur hat wegen aller fälligen und nichtfälligen Ansprüche, die ihm aus seinen für den Auftraggeber erbrachten Leistungen zustehen, insbesondere wegen der Fracht, der Zollgelder, der auf das Gut geleisteten Vorschüsse und anderer Auslagen, ein Pfandrecht und ein Zurückbehaltungsrecht an dem Gut oder an sonstigen Werten, soweit sie dem Auftraggeber gehören oder die der Transporteur für Eigentum des Auftraggebers hält und halten darf. Das Pfandrecht und das Zurückbehaltungsrecht besteht, solange der Transporteur das Gut oder die Werte noch im Besitz hat oder sonst über die Güter mittels entsprechender Papiere verfügen kann.

Der Erwerb des gesetzlichen Pfand- und Zurückbehaltungsrechtes bleibt davon unberührt.

Der Transporteur darf ein Pfand- und Zurückbehaltungsrecht wegen solcher Forderungen, die mit dem Gut nicht im Zusammenhang stehen, nur ausüben, soweit sie nicht strittig sind oder wenn die Vermögenslage des Schuldners die Forderung des Transporteurs gefährdet.

Allenfalls weitergehende gesetzliche Pfand- und Zurückbehaltungsrechte des Transporteurs werden durch diese Bestimmungen nicht berührt.

Auch nach der Ablieferung dauert das Pfandrecht fort. Der Empfänger oder Absender hat das Gut, das sich in seinen Händen befindet dem Transporteur umgehend herauszugeben. Verfügungen über das Gut sind, soweit nicht mit dem Transporteur etwas anderes ausdrücklich vereinbart wird, unzulässig.

§ 17 VERKAUF DES PFANDES

Für den Verkauf des Pfandes gelten die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Wird der zwangsweise Verkauf des Gutes angedroht, wird dem Auftraggeber zur Ordnung der Angelegenheit eine Frist von einer Woche gestellt.

§ 18 HAFTUNG DES TRANSPORTEURS AUSSERHALB DES ANWENDUNGSBEREICHES DER CMR

Der Transporteur haftet für alle Sachschäden, die nicht während der Beförderung eintreten und/oder nicht den Bestimmungen der CMR unterliegen lediglich für grob fahrlässiges und vorsätzliches Handeln (auch das seiner Leute). Gegenüber Unternehmern - nicht aber gegenüber

Konsumenten - sind im Falle grob fahrlässigen Verhaltens mittelbare Schäden und Folgeschäden ausgeschlossen.

Der Auftraggeber ist verpflichtet in jenen Fällen, die nicht den zwingenden Bestimmungen der CMR unterliegen, einen allfälligen Sachschaden bei sonstigem Ausschluss der Haftung innerhalb von 3 Tagen ab dem Tag, an dem Transport vereinbarungsgemäß beginnen sollte oder begonnen wurde beim Transporteur (nicht gegenüber seinen Leuten vgl § 3 ATG) schriftlich nachweislich zu rügen.

Im Verhältnis zu Konsumenten gilt, dass die Beschränkung der Haftung für grob fahrlässiges und vorsätzliches Verhalten mit dem Auftraggeber gesondert und im Einzelfall vereinbart werden muss.

Für Sachschäden, die ausschließlich auf folgende Umstände zurückzuführen ist, die auf die natürliche Beschaffenheit des Transportgutes auf den Umstand, dass die Verladung oder Entladung durch den Auftraggeber/ Empfänger durchgeführt wurde oder der Auftraggeber nach den Bestimmungen dieser AGT oder sonst gesetzlicher Bestimmungen dafür verantwortlich ist haftet der Transporteur – auch einem Konsumenten gegenüber - jedenfalls nicht, da diese Umstände nicht der Kontrolle des Transporteurs unterliegen. Ist der Schaden auch auf andere Umstände zurückzuführen, haftet der Transporteur anteilig. Des Weiteren ist aus diesem Grund die Haftung für die Beschädigung oder Löschung elektronischer oder fotografischer Abbildungen oder Aufzeichnungen durch Elektrizität oder Magnetkräfte ausgeschlossen. Die Haftung für grob fahrlässiges Verhalten bzw für Vorsatz bleibt davon unberührt.

Versichert der Auftraggeber das Gut gegen Transportschäden (Transportversicherung), ist jeder Schadenersatzanspruch aus den durch diese Versicherung gedeckten Gefahren gegen den Transporteur ausgeschlossen, geht also nicht auf den Versicherer über.

§ 19 GERICHTSSTAND

Gerichtsstand ist im Falle von Unternehmengeschäften jener Ort, an dem der Transporteur seinen Geschäftssitz hat.

§ 20 VERJÄHRUNG

Alle Ansprüche gegen den Transporteur, gleichviel aus welchem Rechtsgrund und unabhängig vom Grad des Verschuldens, verjähren, sofern nicht die zwingenden Bestimmungen der CMR oder anderer zwingend anwendbarer Regelungsgebiete andere Verjährungsfristen festlegen, in 12 Monaten. Die Verjährung beginnt mit der Kenntnis des Berechtigten von dem Anspruch, spätestens jedoch mit der Ablieferung des Gutes.

Wenn der Auftraggeber Konsument ist, gelten die gesetzlichen Verjährungsbestimmungen.

§ 21 DATENSCHUTZ

Der Transporteur ist berechtigt, die Daten zu sammeln, zu speichern und zu verarbeiten, die vom Versender oder Empfänger im Zusammenhang mit dem vom Transporteur durchgeführten Leistungen gemacht werden und/oder vom Transporteur für die zu erbringenden Leistungen benötigt werden. Weiterhin ist der Transporteur ermächtigt, auf Anforderung der Behörden (insbesondere Zollbehörden) und staatlichen Institutionen diesen im gesetzlich festgelegten Rahmen Daten mitzuteilen.

§ 22 SONSTIGES

Allgemeine Geschäfts- oder Einkaufsbedingungen des Auftraggebers sind auf den gegenständlichen Auftrag nicht anwendbar und verhindern nicht das Zustandekommen dieses Vertrages auch wenn anderes in Auftragsbestätigungen, Auftragsformularen, Geschäfts- oder Einkaufsbedingungen oder anderen Formularen oder Schreiben des Auftraggebers vermerkt ist.

Sollten einzelne dieser Bestimmungen aufgrund zwingender gesetzlicher Regelungen (z.B. Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes oder der CMR) oder sonst unwirksam sein, ist davon nicht der gesamte Vertrag betroffen. In diesem Fall ist nur die jeweils unwirksame Bestimmung unbeachtlich und ist allenfalls durch die jeweilige zwingende gesetzliche Bestimmung zu ersetzen.

General terms and conditions (GTC)

Status: February 2023

§ 1 SCOPE OF APPLICATION

All orders are based on these GTC. By placing an order, the client confirms that it is aware of these GTC and expressly recognises them and accepts them in their entirety as part of the contract. Silence on the part of the client shall in any case be deemed to be consent. Contractual conditions or other terms and conditions of the client are invalid and are therefore excluded for the legal transaction in question and the entire business relationship.

The AGT apply to national and international goods transport by motor vehicle, which is carried out for entrepreneurs or non-entrepreneurs by carriers who are members of the professional association for the goods transport industry (small transport companies and licensed transport companies, hereinafter referred to as carriers) for all other activities of the transport companies that are not regulated in the provisions of the CMR.

The AGT take precedence over all commercial practices. Statutory provisions of a mandatory nature restrict the scope of the AGT accordingly.

Consumers are those persons to whom the Consumer Protection Act applies when an order is placed.

§ 2 DUTIES OF THE CARRIER

The carrier shall perform its services with the diligence of a prudent carrier. In doing so, he shall safeguard the interests of the client.

§ 3 CONTRACTING PARTIES

The contract of carriage is concluded exclusively between the carrier and the client. Drivers, sub-carriers or other persons accompanying the transport are not authorised to make contractual agreements on behalf of the carrier.

Changes or additions to the order (including additional orders) must therefore be agreed exclusively with the carrier. Such changes to the order and other notifications that are not agreed with the carrier but are made to employees of the carrier, sub-carriers or other driving and accompanying personnel are therefore not binding on the carrier.

§ 4 COLLECTION AND DELIVERY OF THE GOODS

The goods shall be collected and delivered by the carrier within the framework of the contract of carriage.

Unless expressly agreed otherwise, the goods shall be deemed to have been delivered when they are made available for unloading at the designated unloading point to the person responsible for unloading. Unless otherwise agreed, the carrier's liability ends at this point in time at the latest. If the

delivery address is a flat or business premises in a house, the delivery shall be deemed completed when the goods are made available at the front door, unless the client has demonstrably made a different agreement with the carrier (§ 3 para. 2 of these GTC). If the consignee is not present despite an agreed date or if he refuses to accept the goods at the door for no reason (in the absence of a corresponding agreement), an obstacle to delivery arises and the carrier is entitled to unload the goods immediately at the expense and risk of the client (cf. § 16 CMR). Agreements between the customer and his contractual partner arising from the contract on which the consignment of goods is based shall have no effect on the carrier.

The carrier may effect the carriage of the goods together with goods of other principals in consolidated consignments, unless expressly instructed to the contrary in writing.

§ 5 DUTY OF THE PRINCIPAL TO PROVIDE INFORMATION

The client is obliged to inform the carrier in detail and in full about the contents of the consignment when placing the order. In particular, the carrier must be informed whether valuables or money and the like are to be transported. The carrier must be informed of the value of the shipment to be transported in the case of shipments of valuables or the exact amount in the case of shipments of money.

The carrier must also be informed if dangerous or perishable goods are included/part of the consignment.

The information about the transported goods must be given directly to the carrier and not to the driver, sub-carrier or other driving or accompanying personnel. If the client violates his obligation in this regard, he shall be liable to the carrier for all associated costs and damages.

If the client violates his duty to inform, the carrier's liability is limited to intentional behaviour. This must be specifically agreed in individual cases in relation to consumers.

In any case, the carrier is entitled to immediately unload and store shipments of valuables and money, dangerous or perishable goods about which he has not been informed, at the expense and risk of the client. Changed information about the consignment of goods shall entitle the carrier to immediately refuse (further) execution of the entire transport.

If the transport is not or no longer carried out, the freight claim of the carrier remains in any case in addition to any claims for damages. The client shall be liable for all costs and damages incurred due to incorrect or faulty description of the goods to be transported, even if he is not at fault but this is within his sphere of responsibility.

§ 6 CANCELLATION OF THE TRANSPORT ORDER

If the transport order is cancelled by the client 72 hours before the planned start of the transport, the carrier shall be entitled to the entire agreed remuneration without restriction if the client is responsible for the cancellation and the carrier is not responsible for this. In addition, the client shall reimburse the carrier for all expenses and - in the event of fault on the part of the client - all damages incurred as a result of a cancellation of the transport order for which the client is responsible.

§ 7 TRANSPORT DOCUMENTS

If the client is an entrepreneur, he is obliged to provide the carrier with all accompanying documents required by the carrier to carry out the transport and fulfil customs and other administrative regulations until delivery to the recipient.

The client is liable for the correctness and completeness of these documents. The carrier is not obliged to check these documents. The client is obliged to compensate the carrier for all damages and costs associated with the delivery of incorrect or incomplete documents.

§ 8 CHECKING THE CONTENTS OF THE CONSIGNMENT, DETERMINING THE NUMBER AND WEIGHT

The carrier is authorised, but not obliged, to check at any time whether the consignment corresponds to the information provided by the customer and whether the goods are handed over in accordance with any applicable special regulations. If it transpires that the consignment does not correspond to the information provided by the client, an obstacle to transport shall arise. The client must be informed of this.

If the client does not immediately take measures for further proper transport, the carrier is authorised to unload and store the goods immediately at the expense and risk of the client.

If the Principal is an entrepreneur, the Carrier may, at its discretion, also arrange for the sale of the goods in accordance with the applicable statutory provisions. In relation to consumers, the carrier is not entitled to this option of sale.

The principal shall be liable to the carrier for all costs and damages incurred as a result.

§ 9 OBLIGATIONS OF THE CLIENT

The client is solely responsible for ensuring that the goods are packed properly and safely for transport, otherwise he shall be liable to the carrier for any resulting damage, irrespective of any fault on the part of the client.

§ 10 LOADING AND UNLOADING OF GOODS

The goods are to be loaded or unloaded by the client, the consignor or the consignee. If drivers, auxiliary personnel or the sub-carrier or its drivers or auxiliary personnel are

involved in the loading or unloading, these persons shall act as vicarious agents of the principal or the consignor. However, if it is expressly agreed in writing with the carrier at the latest before the start of loading or unloading that the carrier is to be responsible for loading or unloading, the carrier shall be liable for proper loading and may charge a separate fee for this.

Agreements on the loading or unloading obligation with the driver, the sub-carrier or other driving or accompanying personnel shall not bind the carrier.

If the contractual partner is a consumer, the carrier is always obliged to unload the goods.

§ 11 OVERLOADING

If the carrier carries out the loading, he must refuse to continue the loading if there is a risk of overloading. If the client nevertheless insists on loading, the carrier may refuse to carry out the entire transport and unload the goods again at the risk and expense of the client.

Only in relations with companies, but not with consumers, if a consignment not loaded by the carrier is found to be overloaded, the carrier may demand that the client unload the excess weight at the client's expense. If this is not done immediately or if the overload is discovered en route, the carrier may unload the overweight at the risk and expense of the customer. The unloaded part shall be made available to the client. If the client does not give any instructions within a reasonable period of time, the carrier may store the goods at the risk and expense of the client and, at his discretion, arrange for the sale of the goods in accordance with the applicable statutory provisions.

In any case, the client shall be liable for the entire freight if overloading is detected - even if the transport is not carried out. The carrier may additionally charge the client for all expenses and costs incurred in connection with the overloading, obtaining and carrying out the instructions and unloading. Furthermore, the client shall be liable to the carrier for any damage associated with the overloading.

§ 12 LOADING AND DELIVERY PERIODS, DELIVERY DEADLINES

Loading and delivery periods as well as delivery deadlines are always non-binding - but only in relation to entrepreneurs. If loading, unloading or delivery must take place at specific times, this must be agreed in writing with the carrier, with express reference to the fact that late loading, unloading or delivery will not be accepted. Merely stating specific loading or unloading dates or delivery times is not sufficient.

If an agreed loading or delivery deadline is exceeded or the start of the transport is delayed due to circumstances within the sphere of the client (whereby the sender and recipient are to be attributed to the client), the client must pay the hourly rate calculated from the agreed transport fee and, in addition, compensate the carrier in full for the damage resulting from the delay (e.g. empty runs, idle times, etc.).

Changes to the agreed loading and unloading times or delivery times constitute a change to the originally placed order. Once loading or unloading times have been agreed, they can only be changed with the written consent of the carrier. Without the written consent of the carrier, such changes shall constitute a cancellation of the order and

trigger the legal consequences agreed in the second paragraph of this section.

If the consignee refuses to accept the consignment, the carrier shall be entitled to a reasonable fee for the return transport in the amount of the agreed freight. This shall not affect the right of unloading pursuant to § 4 (2) of these GTC.

§ 13 LOADING EQUIPMENT

The carrier is not liable for the loading equipment handed over to him, such as pallets. In any case, the carrier is not obliged to ensure the return of loading equipment handed over to him. If he takes over the return of loading equipment, he shall be entitled to the costs for this, which are to be agreed between him and the client.

§ 14 PAYMENT OF FREIGHT

Unless otherwise agreed, the freight (carriage charge of the carrier) plus any cash expenses, which must be disclosed to the consumer in detail prior to conclusion of the contract, shall be due for payment immediately after invoicing. In the event of default in payment, the statutory default interest shall be payable if the contractual partner is an entrepreneur, but at least 7% p.a. default interest. In addition, the client is obliged to bear the accrued reminder fees and the costs associated with the collection of the outstanding claim in full. If it is agreed that the reasonable freight costs associated with the transport in question and agreed and the cash expenses actually incurred and notified to the consumer in detail in advance are to be paid by a third party, for example the recipient, the client shall be jointly and severally liable with the third party to the carrier for this.

§ 15 PROHIBITION OF SET-OFF

The offsetting of claims of the client against claims of the carrier is excluded, unless these counterclaims have been expressly recognised by the carrier in writing or have been legally established by a court decision.

§ 16 LIEN AND RIGHT OF RETENTION OF THE CARRIER

The carrier shall have a right of lien and a right of retention on the goods or other valuables to the extent that they belong to the principal or which the carrier considers and may consider to be the property of the principal, in respect of all claims, due and not due, to which he is entitled from his services rendered for the principal, in particular in respect of freight, customs duties, advances paid on the goods and other expenses. The right of lien and the right of retention shall exist as long as the carrier is still in possession of the goods or values or can otherwise dispose of the goods by means of corresponding documents.

The acquisition of the statutory right of lien and right of retention remains unaffected.

The carrier may only exercise a right of lien and retention for such claims that are not related to the goods if they are not in dispute or if the debtor's financial situation jeopardises the carrier's claim.

Any further statutory rights of lien and retention of the carrier shall not be affected by these provisions.

The right of lien shall continue even after delivery. The consignee or sender must return the goods in his possession to the carrier immediately. Disposal of the goods is not permitted unless otherwise expressly agreed with the carrier.

§ 17 SALE OF THE PLEDGE

The relevant statutory provisions shall apply to the sale of the pledge.

If the forced sale of the goods is threatened, the client shall be given a period of one week to settle the matter.

§ 18 LIABILITY OF THE CARRIER OUTSIDE THE SCOPE OF APPLICATION OF THE CMR

The carrier is liable for all material damage that does not occur during transport and/or is not subject to the provisions of the CMR only for gross negligence and wilful misconduct (including that of his employees). In the case of grossly negligent behaviour, indirect damage and consequential damage are excluded vis-à-vis entrepreneurs - but not vis-à-vis consumers.

In cases that are not subject to the mandatory provisions of the CMR, the client is obliged to notify the carrier (not his employees, see § 3 ATG) in writing of any material damage, otherwise liability is excluded, within 3 days of the day on which transport was agreed to begin or has begun.

In relation to consumers, the limitation of liability for grossly negligent and intentional behaviour must be agreed separately and on a case-by-case basis with the client.

The carrier is not liable for damage to property that is exclusively attributable to the following circumstances, which are due to the natural condition of the transported goods to the fact that the loading or unloading was carried out by the client/consignee or that the client is responsible for this in accordance with the provisions of these GTC or other statutory provisions - even towards a consumer - as these circumstances are not under the control of the carrier. If the damage is also attributable to other circumstances, the carrier shall be liable proportionately. For this reason, liability for damage to or deletion of electronic or photographic images or recordings caused by electricity or magnetic forces is also excluded. Liability for grossly negligent behaviour or intent remains unaffected.

If the client insures the goods against transport damage (transport insurance), any claim for damages against the carrier arising from the risks covered by this insurance shall be excluded and shall therefore not be transferred to the insurer.

§ 19 PLACE OF JURISDICTION

In the case of business transactions, the place of jurisdiction is the place where the carrier has its registered office.

§ 20 LIMITATION PERIOD

All claims against the carrier, regardless of the legal grounds and regardless of the degree of fault, are subject to a limitation period of 12 months, unless the mandatory provisions of the CMR or other mandatory applicable regulations stipulate other limitation periods. The limitation period begins when the authorised party becomes aware of the claim, but at the latest when the goods are delivered.

If the client is a consumer, the statutory limitation provisions shall apply.

§ 21 DATA PROTECTION

The carrier is authorised to collect, store and process the data provided by the consignor or consignee in connection with the services provided by the carrier and/or required by the carrier for the services to be provided. Furthermore, the carrier is authorised to provide data to the authorities (in

particular customs authorities) and state institutions at their request within the legally defined framework.

§ 22 MISCELLANEOUS

General terms and conditions of business or purchase of the client are not applicable to the order in question and do not prevent the conclusion of this contract, even if otherwise stated in order confirmations, order forms, terms and conditions of business or purchase or other forms or correspondence of the client.

Should any of these provisions be invalid due to mandatory statutory regulations (e.g. provisions of the Consumer Protection Act or the CMR) or otherwise, this shall not affect the entire contract. In this case, only the respective ineffective provision shall be irrelevant and shall be replaced by the respective mandatory statutory provision if necessary.